

<b>Zeitschrift:</b>	Vermessung, Photogrammetrie, Kulturtechnik : VPK = Mensuration, photogrammétrie, génie rural
<b>Herausgeber:</b>	Schweizerischer Verein für Vermessung und Kulturtechnik (SVVK) = Société suisse des mensurations et améliorations foncières (SSMAF)
<b>Band:</b>	97 (1999)
<b>Heft:</b>	11
<b>Artikel:</b>	Schnittstellen von Planungs- und Umweltrecht
<b>Autor:</b>	Bernhard, Roberto
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-235585">https://doi.org/10.5169/seals-235585</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Schnittstellen von Planungs- und Umweltrecht

An der Schnittstelle von Planungsrecht auf der einen sowie Natur- und Umweltschutzrecht auf der anderen Seite kann es – mit verfahrensrechtlichen Folgen – schwer unterscheidbare Rechts- und Ermessensfragen, aber auch Pflichten zu nicht immer einfacher Koordination der Rechtsanwendung geben, wie folgender Fall zeigt.

*Le cas suivant met en évidence les interférences entre le droit en matière de planification et celui en matière de protection de la nature et de l'environnement. De ce dilemme peuvent découler – avec les conséquences sur le droit de procédure – des questions de droit et d'appréciation, difficiles à distinguer entre elles, mais également l'obligation d'une coordination, pas toujours facile, de l'application des différentes lois.*

Nel punto d'incontro fra diritto pianificatorio da una parte, e il diritto riguardante la protezione della natura e dell'ambiente dall'altra, possono intervenire – con conseguenze di diritto procedurale – questioni giuridiche, di adeguatezza delle misure e degli obblighi, spesso difficili da distinguere, le quali non sempre facilitano il coordinamento nell'applicazione delle leggi. Il caso illustrato qui di seguito ne è un esempio.

R. Bernhard

Im Kanton Bern erhoben mehrere Grund-eigentümer gegen eine kommunale Überbauungsordnung Einsprache, weil der Grenzabstand eines geplanten Baufeldes zu ihren an den Überbauungssperimeter angrenzenden Parzellen mit 7,2 m ungenügend sei. Die Einsprache wurde abgewiesen. Die Einsprecher beschwer-ten sich bei der kantonalen Justizdirektion wegen des Grenzabstandes, den sie nun auch deshalb als zu knapp bemessen erachteten, weil ein eingedolter Bach hätte freigelegt und auch noch innerhalb des Grenzabstandes Platz finden müssen. Auf das Argument wegen des Baches trat die Justizdirektion nicht ein; es sei verspätet. Im übrigen wies sie die Beschwerde ab, beschränkte aber wegen des geringen Grenzabstandes die Bauhöhe im nächs-ten Baufeld auf 9 m.

Die Opponenten wandten sich nun an das kantonale Verwaltungsgericht. Dieses erklärte, die aufgelegten Akten hätten kei-nen Hinweis auf den unterirdischen Ver-lauf des Bachs und seine planerische Behandlung enthalten. Die Beschwerdeführer hätten daher ihre Einwände nicht

schon im Einspracheverfahren vorbringen können. Von einer Rückweisung der An-gelegenheit an die Justizdirektion könne aber abgesehen werden. Denn es hande sich um Rechtsfragen, zu denen sich die Parteien nun inhaltlich spruchreif geäus-sert hätten. Da die Gemeinde nicht ver-pflichtet gewesen sei, die Renaturierung des Baches in die Überbauungsordnung aufzunehmen, diese aber eine Bachsa-nierung auch nicht ausschliesse, wies das Verwaltungsgericht die Beschwerde ab. Nun erhoben die Abgewiesenen beim Bundesgericht eine Verwaltungsgerichts-beschwerde. Diese wurde von der I. Öf-fentlichrechtlichen Abteilung der Letzt-instanz abgewiesen. Die Begründung ent-hält jedoch eine Fülle von Überlegungen zur Koordination von Überbauungsrege-lung und Gewässerrenaturierung.

## Verfahrensrechtsverweige- rung und ihre Heilung

In verfahrensrechtlicher Beziehung ver-traten die Beschwerdeführer den Stand-punkt, das Verwaltungsgericht hätte die Sache an die Justizdirektion zu vollständi-ger materieller Prüfung zurückweisen müssen. Denn die Justizdirektion verfüge

über eine umfassendere Prüfbefug-nis als das Verwaltungsgericht. Indem die-ses selber über alles entschieden habe, ha-be es den Instanzenzug unzulässig ver-kürzt.

Eine formelle (d.h. verfahrensmässige) Rechtsverweigerung durch Nichteintre-ten verletzt Artikel 4 Absatz 1 der Bun-desverfassung (BV) von 1874 und führt grundsätzlich zur Aufhebung des man-gelhaften Entscheids. Die Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör kann al-lerdings durch die nächste Rechtsmittel-instanz geheilt werden, wenn sie über die gleiche Prüfbefugnis wie die Vorinstanz verfügt und dem Beschwerdeführer kein Nachteil entsteht. Ausnahmsweise kann die Rechtsmittelinstanz einen Man-gel sogar heilen, wenn die Prüfbefugnis der Vorinstanz zwar umfassender ist, der gerügte Mangel aber eine reine Rechtsfrage betrifft, die von der Rechts-mittelinstanz voll überprüft werden kann.

Nach der Rechtsprechung des Eidg. Ver-sicherungsgerichtes ist jedoch die Heilung bei schwerwiegender Gehörsverweige-  
rung ausgeschlossen.

Diese Praxis pflegt auch das bernische Ver-waltungsgericht. Das Bundesgericht be-stätigte, dass die Prüfbefugnis der Justizdirektion grundsätzlich weiter ist als jene des Verwaltungsgerichts. So weit die Justizdirektion auf die Bachrenaturie-  
rungsfragen nicht eingetreten war, war zu klären, ob dies reine, auch vom Verwal-tungsgericht beurteilbare Rechtsfragen waren.

Das Bundesgericht fand, dieser Streitge-genstand erschöpfe sich nicht in der Be-antwortung von Rechtsfragen. Die ange-sprochenen Probleme befinden sich auf der Schnittstelle zwischen dem Planungs-  
recht einerseits und dem Natur- und Um-weltschutzrecht andererseits. Auf dieser Schnittstelle lassen sich Rechts- und Er-messensfragen nur schwer von einander abgrenzen. Nachdem das kantonale Tief-bauamt im Falle der Offenlegung des Ba-ches nur noch Platz für ein «streng geo-metrisches, kanalartiges technisches Ge-rinne» erblickt hatte, war denkbar, dass die Justizdirektion bei Neubeurteilung den für die Bachöffnung neben einem

Radweg belassenen Raum von 3,5 bis 4,2 m zwar nicht für rechtswidrig, aber planerisch unangemessen befunden hätte. Da aber das Verwaltungsgericht auch die Zweckmässigkeit und Angemessenheit geprüft hatte und die Parteien sich in diesem Umfang zur Sache äussern konnten, hielt das Bundesgericht die Gehörsverweigerung der Justizdirektion durch das Verwaltungsgericht für geheilt.

## Die Tragweite bundesrechtlicher Erfordernisse

Das Bundesgericht prüfte in der Folge, ob das Verwaltungsgericht materiell Bundesrecht verletzt habe. Das Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (GSchG) unterstellt in Art. 37 die Verbauung oder Korrektion fliessender Gewässer strengen Voraussetzungen. Es spricht sich in Art. 38 für den Regelfall gegen Überdeckungen oder Eindolungen aus. Daraus ergibt sich durch Umkehrschluss, dass bestehende Eindolungen und Überdeckungen im Normalfall nicht erneuert werden dürfen. Das bernische Recht präzisiert, dass beeinträchtigte Gewässer in der Regel im Zusammenhang mit bautechnischen Erneuerungsarbeiten zu sanieren sind. Im vorliegenden Fall war aber das Verwaltungsgericht zum Befund gelangt, die bauliche Nutzung des Planungsgebiets tangiere den eingedolten Bachlauf nicht. Er fliesst in zwei Rohren links und rechts der Hauptkanalisation leitung und hat

darum keine Kanalisationsfunktion. Damit ergibt sich auch aus der Sicht des Bundesgerichts anhand des Planungsvorhabens keine Pflicht der Gemeinde zur Sanierung des Gewässers. Diese kann freilich von der Gemeinde freiwillig vorgenommen werden. Für diesen Fall darf die geplante Überbauung die vorschriftsgemäss Renaturierung nicht vorweg verhindern.

Die Frage, ob die verbleibende Renaturierungsmöglichkeit den Anforderungen von Art. 37 Abs. 2 GSchG an den möglichst natürlichen Verlauf genüge, stellte sich. Sie weist engen Zusammenhang mit Art. 21 Abs. 2 des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz sowie mit Art. 7 des Bundesgesetzes über die Fischerei auf, die Naturnähe fordern. Eine harte, gradlinige Bachlaufgestaltung wäre nach Art. 37 Abs. 3 GSchG mit Rücksicht auf bereits überbautes Siedlungsgebiet zwar denkbar. Hier war man aber an der Grenze bebauten und erst zu überbauenden Siedlungsgebietes. Damit war eine Ausnahmewilligung nach Art. 37 Abs. 3 GSchG ausgeschlossen.

Da Art. 37 Abs. 2 GSchG jedoch keine vollständige Wiederherstellung des früheren Gewässerverlaufs, sondern nur eine möglichste – im Rahmen der blossen Grundsatzgesetzgebungs-Kompetenz des Bundes zum Gewässerschutz (Art. 24bis Abs. 2 BV von 1874), die nicht in Details geht – erfordert, bleibt Raum für eine gewisse Interessenabwägung.

Da diese Planung den Boden haushälte-

risch, in hoher Dichte, bei grosser Wohnqualität, mit grossen, verkehrsreichen Grünflächen zu überbauen beabsichtigt, durfte die Offenlegung des Baches mit einer auf der Hälfte der Strecke möglichen und beabsichtigten naturnahen Bachbettgestaltung – angesichts des öffentlichen Interesses an der genannten Art der Bebauungsplanung – akzeptiert werden.

## Nachträgliche Erfüllung der Koordinationspflicht

Die Pflicht zur koordinierten Anwendung der verschiedenen Rechtsgrundlagen hätte die Gemeinde allerdings veranlassen sollen, trotz fehlender Bachsanierungs-pflicht die Bachrenaturierung von Anfang an in die Überbauungsplanung aufzunehmen oder parallel dazu öffentlich aufzulegen. Die Gemeinde hatte diese Koordination nachzuholen, brauchte deswegen aber nicht die gesamte Planung neu aufzurollen. Indem sie diese Koordination zusammen mit den vorgesetzten kantonalen Fach- und Bewilligungsinstanzen mit genügendem Sachverständ und dem Ergebnis einer angemessenen Lösung nachträglich besorgte, vermochte sie die Verwaltungsgerichtsbeschwerde abzuwehren. (Nicht für die amtliche Entscheidung bestimmtes Urteil 1A.62/1998 vom 15. Dezember 1998.)

Dr. iur. Roberto Bernhard  
Mythenstrasse 56  
CH-8400 Winterthur

### Günstig abzugeben!

### ELCOVISION 10 Version 6.0

Windows 95/98, Windows NT, (32-bit Applikation)  
30 Bilder, AutoCAD-Plugin, NP Fr. 18 000.–

SCB Digital AG, Schachenallee 29, 5000 Aarau  
Telefon 062 / 836 41 81, Telefax 062 / 836 41 91  
E-mail: office@scb-digital.ch

### à vendre

### Stéréo-restituteurs analytiques

### DSR-1 + DSR-11 (Kern/Swiss)

Systèmes complets + opérationnels,  
avec PC + MicroStation + MicroMap  
+ tablettes

Contacter:  
FAX 01-910 07 72, GSM 079-420 69 52